



Frau
Mechthild Rawert, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT
POSTANSCHRIFT

Dr. Hermann Kues

Parlamentarischer Staatssekretär
Mitglied des Deutschen Bundestages
Glinkastraße 24, 10117 Berlin
11018 Berlin

TEL +49 (0)30 20655-1100
FAX +49 (0)30 20655-4110
E-MAIL Hermann.Kues@bmfjsfj.bund.de
INTERNET www.bmfjsfj.de

ORT, DATUM Berlin, den **17. Juli 2013**

Schriftliche Frage an die Bundesregierung

hier: Arbeitsnummer 7/150

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre Frage beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 7/150:

Mit welcher Maßnahme belegt die Bundesregierung, dass sie den aus der Novellierung der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien am 26. Juli 2000 entsprechenden Aufgaben aller Ministerien hinsichtlich Gender Mainstreaming und Gender Budgeting nachgekommen ist, und welche Maßnahmen (bitte aufgeschlüsselt nach Förderhöhe und Laufzeit) hat die Bundesregierung in der 17. Legislaturperiode – insbesondere seitens der Ministerien Gesundheit; Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Justiz und Inneres – im Kontext von queerem Gender Mainstreaming und Gender Budgeting durchgeführt, um einen aktiven Beitrag zur Bekämpfung von Mehrfachdiskriminierung zu leisten?

Antwort:

Die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesregierung (GGO) ist Teil des täglichen Verwaltungshandelns. Eine Evaluierung der GGO bzw. von deren § 2 liegt nicht vor.

Zum Thema Gender Budgeting wird auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage „Geschlechtersensible Haushaltspolitik (Gender Budgeting)“ durch das Bundesministerium der Finanzen (BT-Drucksache 17/11410 vom 7. November 2012) verwiesen.



SEITE 2 Eine chancengerechte Gesellschaft ermöglicht es Menschen, unabhängig von Aspekten wie geschlechtlicher Identität, geschlechtlicher Orientierung, Intersexualität oder Transsexualität so zu leben, wie sie selbst leben wollen. Eine Gleichstellungspolitik der fairen Chancen erkennt die Vielfalt der Wünsche und Bedürfnisse von Menschen an und setzt sich zum Ziel, die Lebensentwürfe, für die sich die Menschen aus guten Gründen entschieden haben, tatsächlich zu ermöglichen. Das Ziel der Verwirklichung fairer Chancen zieht sich dementsprechend querschnittlich durch die politischen Maßnahmen und Programme der Bundesministerien.

In Bezug auf "queerem Gender Mainstreaming" wird auf die Errichtung der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld hingewiesen. Durch Stiftungsgeschäft vom 27. Oktober 2011 wurde die Stiftung von der Bundesrepublik Deutschland (vertreten durch das Bundesministerium der Justiz) errichtet. Mit der Errichtung der Stiftung hat die Bundesregierung ein Versprechen des Deutschen Bundestages aus dem Jahr 2000 eingelöst. Die Stiftung hält die nationalsozialistische Verfolgung Homosexueller in Erinnerung. Sie fördert Bildung sowie Wissenschaft und Forschung, um einer gesellschaftlichen Diskriminierung homosexueller Menschen in Deutschland entgegen zu wirken.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Hermann Kues